



# Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0274/2021		Datum: 29.07.2021	
<b>Dezernat 1</b>			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.: 07/GSS	
<b>Betreff:</b>			
<b>Möglichkeiten für die Umsetzung eines „Mentoring-Programms für Frauen in der Kommunalpolitik,,</b>			
Gremienweg:			
01.09.2021	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE
	öffentlich		abgesetzt
			geändert

## Unterrichtung:

In der Sitzung des Gleichstellungsausschusses vom 17.03.2021 wurde die Verwaltung beauftragt, in der nächsten Sitzung des Gleichstellungsausschusses Möglichkeiten für die Umsetzung eines „Mentoring-Programms für Frauen in der Kommunalpolitik“ vorzustellen.

## Gründe:

Frauen – nicht nur eine soziale Gruppe, sondern die Hälfte der Bevölkerung – sind in politischen Gremien proportional eklatant unterrepräsentiert; insbesondere in den kommunalpolitischen: In Rheinland-Pfalz waren bei der Kommunalwahl am 26.05.2019 gerade einmal 29,2% der Bewerber\*innen um ein Ratsmandat in den verschiedenen Gremien weiblich.<sup>1</sup>

Diese überproportionale Unterrepräsentanz lässt also vermuten, dass es neben persönlichen auch verschiedene strukturelle Ursachen geben muss, die die Masse der Frauen von der Wahrnehmung eines Mandats fernhalten. Da jedoch das Land Rheinland-Pfalz sich der Verwirklichung des gesetzlichen Gleichstellungsauftrags verschrieben hat (vgl. Ministerratsbeschluss November 2000), sollte es auch im Interesse der öffentlichen Verwaltung sein, Strukturen zu schaffen, die es Frauen erleichtern bzw. ermöglichen, ein (kommunal)politisches Mandat wahrzunehmen. Denn dies ist ein Bürgerrecht – und das sogar schon seit mehr als 100 Jahren.<sup>2</sup>

Im April 2021 hat die Stadtverwaltung eine Ausschreibung für die Erstellung einer Bachelor- oder Masterarbeit zu der folgenden Fragenstellung veröffentlicht: „Welche personellen und strukturellen Ursachen sind Grundlage dafür, dass Frauen in politischen - insbesondere in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Koblenz - proportional eklatant unterrepräsentiert sind?“. Im Rahmen dieser Abschlussarbeit sollen Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Gremien - insbesondere in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Koblenz - ermittelt und eine Handlungsempfehlung mit geeigneten Maßnahmen entwickelt werden, um den Anteil an Frauen in der Kommunalpolitik in der Stadt Koblenz zu erhöhen. Diese soll der Stadtverwaltung zur Umsetzung übergeben werden. Interessierte Studierende konnten sich bis zum 01.07.2021 mit der Gleichstellungsstelle der Stadtverwaltung Koblenz in Verbindung setzen. Idealerweise sollten die Ergebnisse der Bachelor- oder Masterarbeit bis 31.03.2022 vorliegen, späteste Vorlage der Ergebnisse sollte der 30.06.2022 sein.

<sup>1</sup> vgl. Lambrich; Statistisches Landesamt, <https://www.wahlen.rlp.de/de/kw/auswertung-wahlvorschlaege/>

<sup>2</sup> vgl. Lambrich

Um das Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik zu fördern, wurde in der Sitzung des Gleichstellungsausschusses vom 17.03.2021 im Rahmen von TOP 2 ergänzend zu der o. g. Ausschreibung vorgeschlagen, ein Mentoring-Programm für Frauen im Vorfeld für die nächste Kommunalwahl (2024) aufzustellen. Die Verwaltung wurde beauftragt, in der nächsten Sitzung des Gleichstellungsausschusses Möglichkeiten für die Umsetzung eines Mentoringprogramms vorzustellen.

**Sachstand/ aktuelle Erkenntnisse:**

Im Zeitraum 2010 – 2014 wurde in Rheinland-Pfalz ein Mentoring-Programm „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“ durchgeführt. Im Folgenden werden das Mentoring-Programm kurz beschrieben und die Ergebnisse zusammengefasst.<sup>3</sup>

Auszug aus „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik - Über das Engagement der Landesregierung zur politischen Teilhabe von Frauen in der Kommunalpolitik“:

„Primäres **Ziel** des rheinland-pfälzischen Mentoring-Programms war es, den Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik zur Kommunalwahl 2014 zu erhöhen. Sekundär sollte das Programm politische Verantwortliche sensibilisieren und die Wählerinnen und Wähler über das Erfordernis für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen in der (Kommunal-)Politik informieren.

Folgende **Arten der Zusammenarbeit** standen beispielsweise zur Verfügung:

- Mitnahme der Mentee zu Sitzungen, Terminen
- Einführung in politische Netzwerke
- Einbindung in ein laufendes Projekt

Grundsätzlich war es hilfreich, organisatorische Fragen zu Beginn der **Mentoring-Beziehung** zu klären und abzustimmen.

Die folgende Grafik zeigt die Programmstruktur des Mentoring.

MIT MENTORING VOR ORT – MEHR FRAUEN IN DIE KOMMUNALPOLITIK

Programmstruktur MENTORING



Folgende Ergebnisse konnten aus dem Mentoring-Programm gewonnen werden.

Institutionelle Mentoring-Programme, wie etwa für Führungskräftenachwuchs in Unternehmen und in der Verwaltung oder für Studierende, richten sich an Zielgruppen, die nicht für jedermann zugänglich sind. Anders ist dies bei offenen Mentoring-Programmen. So kann sich beispielsweise im politischen Mentoring jede Frau bewerben. Dieser entscheidende Unterschied in der Zielgruppe macht die Planung und Organisation des politischen Mentoring aber auch um einiges schwieriger, da es sich um

<sup>3</sup> Quelle: „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik - Über das Engagement der Landesregierung zur politischen Teilhabe von Frauen in der Kommunalpolitik“; Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz

keine heterogene Zielgruppe handelt. Gleichzeitig verfolgt das offene Mentoring eine andere Zielsetzung als etwa berufliche Mentoring-Programme. Deshalb ist eine noch größere Eigeninitiative der Mentees gefragt, da es keine gemeinsamen Strukturen gibt, auf die die Beteiligten zurückgreifen können. Auch die Verbindung von ehrenamtlichem Engagement, Berufs- und Privatleben stellt hohe Anforderungen an die Mentees und sollte im Vorfeld gut bedacht werden. Diese entscheidenden Unterschiede setzen auch die **Grenzen für ein politisches Mentoring**.

### **(Handlungs-)Empfehlungen:**

Sich auf die Rückschlüsse aus dem Evaluationsbericht des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und des Ersten Paritätsberichts stützend, empfiehlt das Frauenministerium, die Handlungsempfehlungen des Ersten Paritätsberichtes vom 15. Juli 2015, umzusetzen. **Nur wenn die Gründe für die geringe Frauenbeteiligung in den Versammlungen zur Aufstellung der Listen der Parteien und Wählergruppen untersucht werden, können entsprechende Strategien entwickelt und Empfehlungen abgegeben werden.**“ (Auszug Ende)

### **Auszug aus dem Ersten Paritätsbericht; Politische Teilhabe von Frauen und Männern bei den allgemeinen Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 in Rheinland-Pfalz (§ 73 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz):**

„Zielsetzung der im Jahr 2013 in das Kommunalwahlgesetz eingefügten Paritätsbestimmungen<sup>4</sup> ist es, das Bewusstsein der Verantwortlichen in den Parteien und Wählergruppen (§ 15 Abs. 4 KWG) sowie der Wahlberechtigten für eine höhere Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik (§§ 24 Abs. 5, 25 Nr. 3 KWG) zu schärfen und zu verbessern. **Auch dieser Ansatz führte bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 zu keiner grundlegenden Verbesserung des Frauenanteils.** Eine Begründung hierfür kann sein, dass solche Maßnahmen mehr Zeit benötigen, um wirksame Erfolge zu zeigen.

Insgesamt zeigen die Erfahrungen der letzten Kommunalwahlen die tatsächlichen und verfassungsrechtlichen Grenzen von Fördermaßnahmen auf. **Der geringe Anteil von Frauen wird dabei als strukturelles Phänomen gesehen, sodass individuelle und punktuelle Maßnahmen nicht erfolgsversprechend sind, wenn nicht zuvor die Gründe für die Unterrepräsentanz der Frauen weiter näher und vertieft untersucht werden.** Dabei wird nicht verkannt, dass es eines übergreifenden Ansatzes bedarf, um eine wirkungsvolle Erhöhung des Frauenanteils zu erreichen.

**Die Paritätsstatistik belegt, dass die wesentlichen Ursachen für die geringen Frauenanteile nicht im Aufstellungsverfahren, sondern zeitlich davorliegen.** Negativ ist festzustellen, dass landesweit Frauen nur rund ein Viertel aller Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer stellen. Dabei besteht zwischen dem niedrigen Anteil von Frauen in den Versammlungen und dem niedrigen Frauenanteil in den kommunalen Vertretungskörperschaften ein unmittelbarer Zusammenhang. **Den politischen Parteien und den Wählergruppen kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu, da sie die Bewerberinnen und Bewerber für die Kommunalwahlen aufstellen.** So müssen in den politischen Parteien und Wählergruppen auch ausreichend Frauen bereit sein, sich als Bewerberinnen bei den Kommunalwahlen aufstellen zu lassen.“ (Auszug Ende)

Im Folgenden sind Ausführungen und Lösungsansätze von Benjamin Höhne<sup>5</sup> bezüglich innerparteilicher Herausforderungen für die größere Präsenz von Frauen im Bundestag zusammengefasst. Diese können eventuell auch auf die Kommunalpolitik übertragen werden:

- die Bedingungen des Parteiengagements schrecken vor allem Frauen ab

---

<sup>4</sup> Die Paritätsbestimmungen wurden durch das Sechzehnte Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes vom 8. Mai 2013 (GVBl. S. 139) in das Kommunalwahlgesetz eingefügt.

<sup>5</sup> Frauen in Parteien und Parlamenten: innerparteiliche Hürden und Ansätze für Gleichstellungspolitik / Höhne, Benjamin. - In: Aus Politik und Zeitgeschichte. - 70. 2020, H. 38, S. 32 – 40

- innerparteiliche Frauenquoten sind ein wirkungsvolles Instrument zur Schließung des parlamentarischen Gender Gaps
- fehlende Geschlechtergerechtigkeit gilt als eine der größten Herausforderungen für die gegenwärtigen Demokratien
- die männerdominierte Mitgliederstruktur der Parteien ist einer der wichtigsten Gründe für die Unterpräsenz von Frauen im Bundestag
- um für Neumitglieder attraktiver zu werden, sollte Parteiarbeit grundlegend modernisiert werden – längst nicht nur mit Blick auf die Geschlechterfrage. Eine Reform müsste deshalb unten ansetzen, also beim Parteibeitritt und den Partizipationsangeboten für die Mitglieder. Hierbei ist nicht nur die Vielfalt der Gesellschaft insgesamt zu berücksichtigen, sondern auch die der Frauen. Denn Frauen sind in den Parteien zwar eine Minderheit, aber gewiss keine homogene Gruppe.

### **Erkenntnisse aus dem Frauenbüro Mainz:**

Die Ergebnisse der letzten Jahre haben deutlich ergeben, dass **die Mentoring-Programme nicht den gewünschten Effekt hatten, da die strukturelle Benachteiligung diesen leider verhindert**. Auch ließ sich bei größeren Städten beobachten, dass Frauen ohne Parteizugehörigkeit quasi chancenlos waren. Eine Förderung innerhalb einer Partei wäre allerdings Aufgabe der Parteien.

### **Empfehlung für die Stadt Koblenz zur Umsetzung eines „Mentoring-Programms für Frauen in der Kommunalpolitik“:**

Die Stadtverwaltung Koblenz schließt sich der Empfehlung des Frauenministeriums an. Denn nur wenn die Gründe für die geringe Frauenbeteiligung in den Versammlungen zur Aufstellung der Listen der Parteien und Wählergruppen untersucht werden, können entsprechende Strategien entwickelt und Empfehlungen abgegeben werden.

### **Vorschlag für die weitere Vorgehensweise:**

Neben persönlichen muss es auch verschiedene strukturelle Ursachen geben, die die Masse der Frauen von der Wahrnehmung eines Mandats fernhalten. Bisherige Mentoring-Programme auf Landes- und Kommunalebene hatten nicht den gewünschten Effekt, da die strukturelle Benachteiligung diesen leider verhindert. Auch ließ sich bei größeren Städten beobachten, dass Frauen ohne Parteizugehörigkeit quasi chancenlos waren.

Um der Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Gremien entgegenzuwirken, schlägt die Gleichstellungsstelle daher vor:

1. Zunächst darauf hinzuwirken, dass eine Bachelor- oder Masterarbeit zu der Fragenstellung „Welche personellen und strukturellen Ursachen sind Grundlage dafür, dass Frauen in politischen - insbesondere in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Koblenz - proportional eklatant unterrepräsentiert sind?“ erstellt wird. Sodass dann die Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Gremien ermittelt sind und eine Handlungsempfehlung mit geeigneten Maßnahmen vorliegt.
2. Nach Vorlage der Arbeit wird diese im Ausschuss vorgestellt und weitere Schritte besprochen

**Auswirkungen auf den Klimaschutz: keine**